

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 262 (1989)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(Vom 15. Mai 1987 bis 15. Mai 1988)

Unter den wichtigen weltpolitischen Ereignissen und Entwicklungen in der Berichtsperiode ragt hinsichtlich seiner möglichen historischen Bedeutung das nach langwierigen Sondierungen und Verhandlungen in Genf am 14. April 1988 zustande gekommene Arrangement über Afghanistan hervor, das zum Abzug aller sowjetischen Truppen aus *Afghanistan* führen soll. Das Ziel dieses mehrteiligen Vertragswerks, das unter den Auspizien der UNO schliesslich unterzeichnet werden konnte, ist die Beilegung des seit mehr als acht Jahren in Afghanistan wütenden Krieges. Dieser hat vermutlich eine Million Tote und den Exodus von rund 5 Millionen Flüchtlingen zur Folge gehabt.

Dass ein solches Vertragswerk unterzeichnet werden konnte, stellt eine Sensation dar. Das erstaunliche Fazit ist, dass die Sowjetunion zum erstenmal in ihrer Geschichte – wenn man einmal von ihrem Rückzug aus dem im Zweiten Weltkrieg besetzten nördlichen Teil Persiens und 1955 aus der sowjetischen Besatzungszone in Österreich absieht – eine einmal erlangte territoriale Position aufzugeben bereit ist. Der von den afghanischen Freiheitskämpfern an den Tag gelegte, unbeugsame Wille, sich nicht von einer ausländischen Macht unterjochen zu lassen, hat damit sein erstes Ziel erreicht.

Gleichzeitig ist aber damit auch die als unfehlbare geschichtliche Gesetzmässigkeit ausgegebene marxistisch-leninistische These von der Unwiderruflichkeit der Ausbreitung des Kommunismus auf immer weitere Gebiete in der Welt zum erstenmal de facto Lügen gestraft worden. Effektiv ist die mächtige Sowjetunion gezwungen worden, eine Niederlage auf dem Weg zur angestrebten Weltherrschaft einzugestehen und sich zurückzuziehen! Es ist vor aller Augen offenkundig geworden, dass der Triumph des Kommunismus keineswegs un-

ausweichliches, geschichtliches Schicksal ist und der Militärmacht Sowjetunion aufgrund des entschlossenen Widerstandes eines freiheitsdurstigen, mutigen und opferbereiten Volkes tatsächlich mit Erfolg Grenzen gesetzt werden können.

Der von Breschnew in den Weihnachtstagen von 1979 in Szene gesetzte Plan, der Sowjetunion mit militärischen Mitteln einen weiteren Satellitenstaat vorzuspannen, hat sich als ein überaus kostspieliges und letzten Endes aussichtsloses Abenteuer herausgestellt. Gorbatjuschow ist das Verdienst zuzuschreiben, schliesslich aus der politischen und psychologischen Kalamität die einzige richtige Konsequenz gezogen zu haben.

Damit ist freilich noch nicht gesagt, dass das schwergeprüfte Land am Hindukusch nun rasch die Segnungen des Friedens erfahren wird. Die von den Russen eingesetzte kommunistische Regierung versucht entweder allein oder in einer Koalition mit anderen Kräften trotz des sowjetischen Truppenrückzuges am Ruder zu bleiben, während die aus heute sieben Gruppen bestehende Allianz der afghanischen Freiheitskämpfer nach den Genfer Abkommen, an welchen sie nicht beteiligt waren, unverzüglich erklärt hat, dass sie weiterkämpfen und mit irgendwelchen kommunistischen oder prokommunistischen Fraktionen im Land niemals zu einem Kompromiss Hand bieten werde. Das bedeutet, dass mit einem gnadenlosen Bürgerkrieg auch dann zu rechnen ist, wenn weder die eine noch die andere Seite inskünftig aus dem Ausland irgendwelche Unterstützung erhält.

* * *

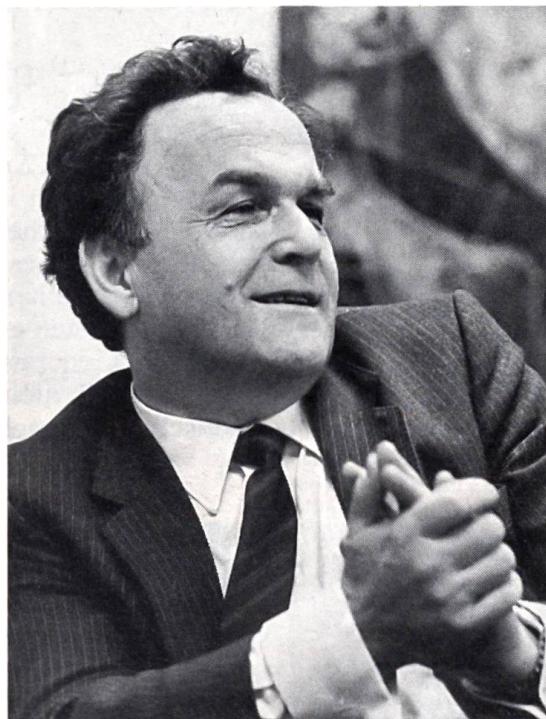
Kaum ein Zufall ist, dass auch zwei andere langjährige Kriege, die bisher zu keiner klaren Entscheidung geführt haben, im Berichtsjahr Anzeichen einer möglichen politischen Erledigung erkennen lassen. In beiden Fällen handelt es sich – wie in Afghanistan – ebenfalls um Konflikte, die in die weltweite strategische Konfrontation der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten einzuordnen sind. In *Nicaragua*

ist nach den erfolglosen Bemühungen der Contadora-Gruppe von lateinamerikanischen Ländern um eine Beilegung des Kampfes zwischen dem ins kommunistische Lager abgedrängten Regime der Sandinisten, die Unterstützung aus Havanna und Moskau geniessen, und den weitgehend von den USA finanzierten sogenannten Contras dank der Vermittlung durch den nicaraguanischen Kardinal Ovando y Branco im März 1988 ein Abkommen über einen befristeten Waffenstillstand zu stande gekommen. In weiteren, direkten Verhandlungen soll ein politischer Kompromiss erreicht werden, der dem schwergeprüften mittelamerikanischen Staat einen halbwegs verlässlichen Friedenszustand bringen könnte.

Im Falle von *Angola*, wo seit dem Abtreten der portugiesischen Kolonialmacht nie mehr geordnete Verhältnisse eingekehrt sind und von den anfänglich drei verschiedenen Befreiungsbewegungen sich immer noch deren zwei im Kampf gegenüberstehen, ist ebenfalls eine Patt-Situation entstanden, welche eine Beilegung des militärischen Konflikts nun in die Nähe rückt. Im vergangenen Jahr ist vom marxistischen MPLA-Regime in Luanda mit enormer sowjetischer Waffenhilfe und einem Kontingent von 40 000 kubanischen Söldnern im Spätsommer 1987 zum dritten Mal eine Grossoffensive gegen die den Ost- und Südostteil des Landes kontrollierende «Unita» unter Jonas Savimbi eingeleitet worden. Dieser militärische Vorstoß ist aber einmal mehr gescheitert. Mehrere Brigaden

sind in einer Schlacht um die strategisch wichtige Stadt Cuito Cuanavale vollständig vernichtet worden. Dieses Ergebnis ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Angreifer dank der an die «Unita» gelieferten amerikanischen Stinger-Raketen die Luftherrschaft verloren haben und dank dem direkten Eingreifen von südafrikanischen Truppen mit Flieger- und Artillerieunterstützung keine Chance mehr hatten. Der inzwischen durch amerikanische Bemühungen in Gang gekommene Vermittlungsversuch von Chester Crocker stösst immer noch auf die Ablehnung des Abzugs der kubanischen Truppen auf der einen Seite und der mangelnden Bereitschaft Südafrikas zur Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia (Südwestafrika) auf der anderen Seite. Die beiden Bürgerkriegsparteien ihrerseits scheinen jetzt bereit zu sein, zu einem Kompromissfrieden Hand zu bieten.

* * *



Otto Stich
Bundespräsident für das Jahr 1988
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

Auf den anderen Kriegsschauplätzen sind nach jahrelangem Ringen immer noch keine Friedensaussichten auszumachen. Der Krieg zwischen *Irak* und *Iran* ist auch in diesem Jahr erbittert fortgesetzt worden. Beide Kriegsparteien vermochten einige infanteristische Erfolge zu erreichen, die aber in keinem Fall von grösserer Bedeutung sind. Der iranische Druck auf Basra hat nicht zur Eroberung dieser zweitgrössten Stadt des Irak geführt. Den iranischen Truppen ist im Frühjahr die überraschende Rückeroberung der Halbinsel Faw im

äussersten Süden gelungen. Im Norden stand demgegenüber das Kriegsglück mehr auf der iranischen Seite. Die Schiffahrt im Persischen Golf ist nach wie vor gefährdet durch Minen und sporadische Angriffe, die regelmässig zu begrenzten Gegenaktionen der dort immer noch massierten amerikanischen Flotte führen. Das Kriegsgeschehen zeichnete sich im übrigen durch eskalierende, gegenseitige Bomben- und Raketenangriffe auf die gegnerischen Städte sowie durch den Einsatz auch von Giftgas aus.

In *Erythräa* ist es der äthiopischen Armee nicht nur nicht gelungen, im gebirgigen Nordwesten die Bastionen der Rebellen einzunehmen, sondern vielmehr scheint sich in der letzten Zeit die Lage gegen die Zentralregierung in Addis Abeba gewendet zu haben. Unter grossen Verlusten mussten mehrere Städte von der äthiopischen Armee wieder aufgegeben werden. Mengistu ist es aber gelungen, an der Südgrenze Abessiniens dank geschickter diplo-

matischer Démarchen gegenüber Somalia eine militärische Entlastung zu erzielen. Diese dürfte es ihm gestatten, nun gegen die Rebellen in Erythräa und in der Provinz Tigré mehr Truppen ins Feld zu führen. Die grössten Opfer muss dabei die dortige Bevölkerung auf sich nehmen. Einmal mehr sind Hunderttausende wegen des Zusammenbruchs der Nahrungsmittelhilfe von aussen vom Hungertod bedroht.

In den anderen Unruhegebieten der Welt sind wiederum Gewalttätigkeiten en masse verübt worden – so in *Nordirland*, im *Baskenland*, in *Peru*, in *Sri Lanka* und namentlich immer wieder auch im *Libanon*. Zu diesen chronischen Unruheherden gesellt sich neuerdings auch *Israel*, wo es im Winter und Frühjahr zu einem allgemeinen Volksaufstand in den besetzten Gebieten gekommen ist. Hier bekundet die junge Generation der arabischen Bevölkerung, dass sie nicht gewillt ist, sich mit der israelischen Herrschaft abzufinden. Die ungeschickte und teilweise überraschend brutale Reaktion der israelischen Sicherheitskräfte hat zu vielen Todesopfern geführt, eine rasche Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung aber mehr verhindert als bewirkt. Das Ansehen Israels in der Welt hat, nachdem bereits der seinerzeitige militärische Vorstoß auf Beirut die Weltöffentlichkeit empört hatte, erneut gelitten.

In *Südafrika* scheinen die vom kommunistisch gesteuerten ANC angezettelten revolutionären Umtriebe ihre Virulenz weitgehend verloren zu haben. Die Regierung in Pretoria ist – nicht zuletzt aufgrund des riguros gehandhabten Aus-



Gipfeltreffen in Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteisekretär Michail Gorbatschow unterzeichneten am 8. Dezember 1987 in Washington das Abkommen zum Abbau der Mittelstreckenraketen. Bereits Ende Mai 1988 kam es zu einem weiteren Gipfeltreffen der beiden Staatschefs in Moskau.

(Photo Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

nahmezustandes – jetzt eindeutig Herrin der Lage. Die absolute Priorität der Staatssicherheit ging allerdings auf Kosten von weiteren Reformen zur Beseitigung der letzten noch in Kraft stehenden Apartheid-Gesetze. Im benachbarten *Mozambique* herrscht nach wie vor wirtschaftliches und politisches Chaos, das von einer sich rasch ausbreitenden Hungersnot begleitet wird, die Hunderttausende zur Flucht über die Grenze treibt – paradoxerweise ausgerechnet nach oder durch Südafrika!

* * *



König Hussein von Jordanien besucht die Schweiz
Der hohe Guest in Begleitung von Bundespräsident Aubert beim Abschreiten der Ehrenkompanie im Lohn bei Kehrsatz.
(Photo Keystone-Press, Zürich)

Die für das weltpolitische Klima überaus wichtigen *Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion* haben sich seit dem Machtantritt des sowjetischen Parteisekretärs Gorbatschow zusehends entspannt. Der Höhepunkt der gegenseitigen Annäherung bildete zweifellos die Unterzeichnung eines Vertrags zur Abschaffung der Mittelstreckenraketen anlässlich eines kurzen Besuchs von Gorbatschow am 8. Dezember in Washington. Es ist damit zum erstenmal im Verhältnis der beiden Supermächte zu einem Abkommen gekommen, welches einen wirklichen Schritt hin auf dem Wege zur gegenseitigen Abrüstung darstellt. Die bisher zustande gekommenen Vereinbarungen beinhalteten lediglich Rüstungsbeschränkungen in quantitativer Hinsicht, während nunmehr alle Mittelstreckenraketen verschwinden sollen und sogar ein hälf tiger Abbau der interkontinentalen Raketen angestrebt wird.

Es entbehrt nicht der Ironie, dass dieses Resultat letzten Endes nur deshalb erreicht werden konnte, weil die NATO auf die in den siebziger Jahren seitens der Sowjetunion aufgestellten und gegen Europa gerichteten SS 20-Raketen mit der Aufstellung von amerikanischen «Cruise Missiles» und «Pershing 2»-Raketen gekontert hatte. Diese Antwort führte seit 1983 zu einem weiteren Aufrüstungsschritt der Sowjetunion, die neue Mittelstreckenraketen in der DDR und in der Tschechoslowakei aufstellte. Gorbatschow übernahm dann überraschend die vormals von westlicher Seite vorgeschlagene «Null-Lösung» als eigenen Vorschlag, worauf konkrete Verhandlungen in Gang gesetzt werden konnten, die nun zum Ziel gelangt sind. Die Interkontinentalwaffen sollen auf je etwa 6000 Sprengköpfe reduziert werden, sofern diesbezüglich auch noch eine verbindliche Einigung zustande kommt.

Die Ausmerzung der Mittelstreckenraketen hat allerdings nicht überall in Europa nur Erleichterung ausgelöst. Durch deren Ausfall im strategischen Verteidigungskonzept der NATO wird nämlich die bestehende Übermacht an konventionellen Waffensystemen auf Seiten des Warschauer Paktes im militärischen Kräfteverhältnis nun noch gewichtiger, als das bisher der Fall gewesen ist. Es zeigt sich in den europäischen NATO-Ländern jetzt eine gewisse Verunsicherung, die insofern auch politische Gefahren birgt, als das Vertrauen in die absolute Bündnistreue der USA im Fall eines sowjetischen Angriffs in Frage gestellt werden könnte. Dieses Vertrauen gründet zu einem guten Teil in der Verlässlichkeit des amerikanischen Atomschirms über Europa; und dessen Unwirksamkeit müsste eine aussichtsreiche Verteidigung gegen einen plötzlichen Angriff der UdSSR mit rein konventionellen Mitteln sowohl psychologisch wie auch faktisch als fragwürdig erscheinen lassen.

Indessen sind keinerlei Anzeichen vorhanden, dass das Interesse der USA an einem konsequenten «Halten der Front» in Europa mit vollem eigenem Einsatz sich gegenüber zuvor vermindert hätte. Sicher ist, dass die europäischen NATO-Länder inskünftig ihr eigenes Abwehrpotential im konventionellen Bereich noch sehr viel stärker ausbauen müssen, um das Gleichgewicht möglichst auch ohne Escalation eines Krieges zum nuklearen Schlagabtausch zu etablieren.

* * *

Was zeigt der Film des Geschehens in den einzelnen Ländern? Die Innenpolitik der *Vereinigten Staaten* war mehr und mehr geprägt durch die Vorentscheidung der beiden grossen Parteien über ihre Präsidentschaftskandidaten für die im Herbst 1988 bevorstehenden Wahlen. Nach zwei Amtsperioden ist Präsident Reagan nun nicht mehr Kandidat. In den einzelstaatlichen Primärwahlen schwang in der republikanischen Partei Vizepräsident George Bush obenauf, während bei den Demokraten der Gouverneur von Massachusetts, Michael

Dukakis, nach der Eliminierung einer grösseren Zahl von Rivalen in den Startlöchern steht.

Das letzte Amtsjahr eines Präsidenten ist immer das schwierigste, weil der bevorstehende Abgang dessen persönliche Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen vermindert. Reagan hat sich zwar von der sogenannten Irangate-Affäre im Jahr zuvor wieder überraschend gut erholt, aber seine Stellung gegenüber dem mehrheitlich von der Opposition beherrschten Kongress ist alles andere als komfortabel. Dazu kommt, dass es ihm nicht gelungen ist, das in astronomische Höhen geschnellte Haushaltsdefizit auf ein tragbares Mass herunterzudrücken, während gleichzeitig die Handelsbilanz trotz dem Zerfall des Dollar-Aussenwertes bedenklich defizitär geblieben ist. Reagan hatte auch zusehends mehr Mühe, seine Absichten in der amerikanischen Aussenpolitik durchzusetzen. Der zentralamerikanische «Hinterhof der USA» erweist sich als ein Geschwür, das immer noch Metastasen verbreitet. Zu den bisherigen Problemen ist in dieser Region eine harte Auseinandersetzung mit Panama hinzugekommen, wo der «starke Mann», General Noriega, als Drahtzieher des Drogenhandels und anderer düsterer Machenschaften entlarvt, trotz amerikanischem Druck nicht aus seiner Machtstellung vertrieben werden konnte.

Hingegen ist die durch amerikanischen Flotteneinsatz im Persischen Golf erreichte Operation der Offenhaltung des Öltransportwegs erfolgreich verlaufen. Auch im pazifischen Raum, namentlich in den Philippinen, konnte die bisherige Position gehalten werden. Mit Japan haben hingegen die Beziehungen eine gewisse Abkühlung erfahren. Diese ist aber mehr auf handelspolitische Interessengegensätze als auf machtpolitische Probleme zurückzuführen. Einem stärkeren Engagement Japans für dessen Selbstverteidigung möchten die USA jetzt in gewissen Grenzen sogar Vorschub leisten.

In der Sowjetunion verfolgt Gorbatschow mit beeindruckender Konsequenz die Politik der Umstrukturierung (Perestrojka) und der grösseren Offenheit (Glasnost), die er als eine wichtige Voraussetzung dafür betrachtet, dass

die arg ins Hintertreffen geratene sowjetische Wirtschaft saniert und vor allem leistungsfähiger gemacht werden kann. Es geht einerseits um eine entscheidende Steigerung der Produktivität, anderseits aber auch um eine Anhebung des notorisch unzureichenden Qualitätsstandards. Der materielle Erfolg dieser Bemühungen lässt allerdings auf sich warten, ja es muss offenbar eine gewisse Verschlechterung der Versorgungslage während des Anlaufens der Reformen in Kauf genommen werden, was eher Widerstand als begeisterte Unterstützung der

Werktätigen bewirkt. Es gibt Anzeichen, dass Gorbatschows Reformmeister auch seitens vieler Kader, ja sogar in den politischen Führungsgruppen, latent sabotiert wird. Vorläufig besteht der Erfolgsausweis der Reformen im Innern vor allem in einer gewissen geistigen und psychologischen Entkrampfung, die sich im langsamem Wiederaufleben von Diskussionen, Kritik und Meinungsäusserungen nicht-konformistischer Art in Presse und Gesprächen niederschlägt.

Allerdings hat das Losschrauben des Deckels am jahrelang unter grossem Druck stehenden Kochtopf auch das bisher unterdrückte Nationalbewusstsein vieler nicht-russischer Völker nun plötzlich mit Vehemenz in Erscheinung treten lassen. Das ist die Führung im Kreml im Interesse ihrer Machtstellung und des Zusammenhalts des ethnisch so heterogenen Sowjetreiches nur in engen Grenzen zu dulden bereit. Demonstrationen der unter Stalin aus der Krim nach Asien umgesiedelten Tataren, die ihre alte Heimat wieder haben möchten, machten den Anfang, gefolgt von



Übergabe der ersten Leopard-Panzer an die Truppe

Im Juli 1987 konnten die ersten 35 Panzer 87 der Truppe übergeben werden. Die Panzerbeschaffung dauert bis 1993, die restlichen 345 Panzer 87 Leopard werden in Lizenz in der Schweiz hergestellt.
(Photo Armee-Photodienst, Bern)

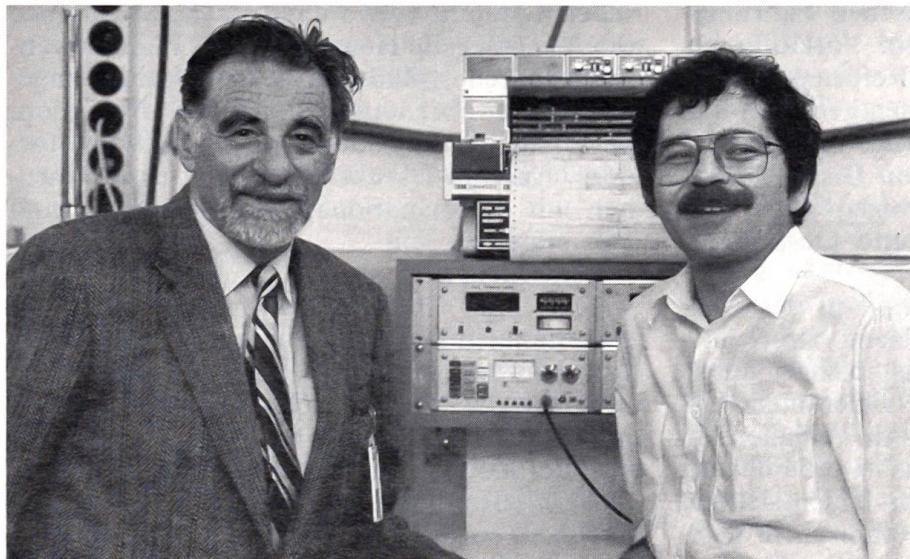
Manifestationen des nationalen Unwillens in den im Zweiten Weltkrieg annektierten baltischen Ländern sowie auch im Kaukasus, wo die Armenier die Heimkehr eines in den zwanziger Jahren willkürlich Aserbeidschan angegliederten, aber von christlichen Armeniern bewohnten Gebiets in die eigene Republik fordern. Auch in Usbekistan scheint es zu Unruhen mit einem nationalistischen Hintergrund gekommen zu sein.

Bemerkenswert sind aber die Fortschritte, welche unter Gorbatschow im Bereich der internationalen Beziehungen der Sowjetunion zu verzeichnen sind: In allen Richtungen wird versucht, das unter Breschnew auf einem Tiefpunkt angelangte äussere Ansehen durch Gesten der Konzilianz und Friedfertigkeit zu verbessern. Gorbatschow hat sich der Mühe unterzogen, ein Buch zu schreiben, das zu einem internationalen Bestseller geworden ist. Obwohl es viele Schwachstellen und Widersprüche enthält, verfehlte es den gewünschten positiven Eindruck – vor allem im Westen – nicht! Es ist unverkennbar, dass Gorbatschow ein

Meister der Public Relations ist. Er meidet das Mittel der Einschüchterung und bedient sich dafür Hoffnung erregender Zukunftsbilder der Welt. Die entscheidende Frage ist noch unbeantwortet, inwiefern der von ihm eingeleitete Klimawechsel gutgläubig gemeint und verlässlich ist, aber auch, ob er selber in seiner Machtposition in der UdSSR von Dauer ist oder aber gelegentlich wieder durch eine andere Figur abgelöst wird, worauf das Steuer wieder, wie gehabt, in die entgegengesetzte Richtung weisen könnte.

Eher als Treppenwitz der Geschichte kann demgegenüber die sensationelle Landung eines bundesdeutschen Sportfliegers am 28. Mai auf dem Roten Platz in Moskau gelten. Dieser Vorfall führte zur sofortigen Entlassung von Verteidigungsminister Sokolew und des Chefs der Luftabwehr, weil die aus Finnland einfliegende «Cessna» unbefliegt den sowjetischen Luftraum bis Moskau durchfliegen konnte. Der Pilot, Matthias Rust, ist in der Folge zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden.

* * *



Nobelpreis für Physik an einen Schweizer

Professor Karl Alexander Müller aus Zürich (links) wurde – gemeinsam mit seinem bundesdeutschen Arbeitskollegen Dr. Johannes Bednorz – der Nobelpreis 1987 für Physik verliehen.

(Photo Keystone-Press, Zürich)

Am 11. Juni fanden in Grossbritannien allgemeine Parlamentswahlen statt, aus denen die Konservativen wiederum, wenns schon mit etwas weniger Sitzen, als klare Sieger hervorgingen. Mrs. Thatcher konnte sich dadurch in der Position des Premierministers bestätigen und zum dritten aufeinanderfolgenden Mal die Regierung stellen. Ihre dritte Amtszeit kann, wenn sie nicht früher aus eigenem Entschluss Neuwahlen ausschreibt, fünf Jahre dauern.

Auch in Frankreich fanden Wahlen statt, in denen es um die neue Bestellung des Präsidenten der Republik ging. In einem ersten Wahlgang am 24. April kam es insofern zu einer Überraschung, als der an der rechten Peripherie stehende Anführer des Front national, Le Pen, mehr als 14% der Stimmen gewinnen konnte. Der Führer der Gaullisten, Premierminister Chirac, vermochte nur 19,5%, sein bürgerlicher Rivale Raymond Barre (UDF) etwa 16,5% der Stimmen auf sich zu vereinigen. Auf den bisherigen Präsidenten François Mitterrand entfielen 34% der Stimmen. In der zweiten Runde am 8. Mai machte Mitterrand das

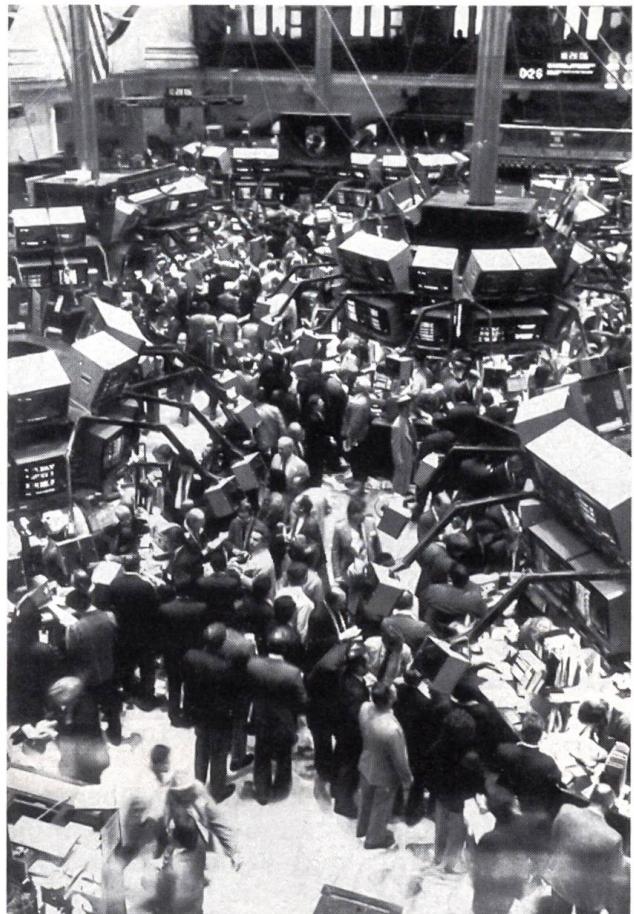
Rennen mit 54% der Stimmen, so dass er zum zweiten Mal für sieben Jahre Frankreichs Staatsoberhaupt ist.

Chirac demissionierte unverzüglich als Premierminister, worauf Mitterrand den gemäßigten Sozialisten Michel Rocard als dessen Nachfolger designierte. Die Wiederwahl Mitterrands bringt kaum entscheidende Veränderung in das Regierungsprogramm. Namentlich steht fest, dass die während der Periode der «cohabitation» zwischen einem sozialistischen Präsidenten und einem konservativen Premierminister wieder

in private Hand zurückgeführten, vormals verstaatlichten Grossfirmen nicht neuerdings verstaatlicht werden. In der Aussenpolitik unterschieden sich die Konzepte von Chirac und Mitterand ohnehin kaum. In dieser Beziehung erwähnenswert ist, dass das wegen Terrorakten in Frankreich, an denen Perser beteiligt gewesen waren, äusserst gespannte Verhältnis zu Iran schon vor den Wahlen wieder einigermassen normalisiert werden konnte. Im Kampf gegen den internen Terrorismus sind Erfolge erzielt worden. Aber nicht gelungen ist eine Versöhnung mit den separatistischen Kanaken auf Neukaledonien.

Die *Bundesrepublik Deutschland* hat sich in Verteidigungsfragen näher an Frankreich angeschlossen, was in gemeinsamen militärischen Manövern zum Ausdruck gekommen ist. In der deutschen Ostpolitik war das hervorstechendste Ereignis der offizielle Besuch von Parteichef Honecker aus der DDR in Bonn. Die Koalitionsregierung von CDU und FDP unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl brachte sich recht und schlecht über die Runden. Allerdings mündet das inzwischen in die Jahre gekommene «Wirtschaftswunder» nach und nach immer deutlicher in Sattheit und Stagnation aus. Die bundesdeutsche Wirtschaft ist zwischen 1980 und 1987 nur noch um 1,5% gewachsen und zeigt immer weniger Elan. Die Forderung nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich nagt so sehr am Mark der Wettbewerbsausichten, dass sich sogar ein aufsteigender Führer der SPD, der saarländische Ministerpräsident Lafontaine, mit der Aufforderung an die Gewerkschaften wandte, inskünftig bei Arbeitszeitverkürzungen auf den vollen Lohnausgleich zu verzichten!

Vermerkenswert ist schliesslich noch eine unschöne Affäre in Schleswig-Holstein, wo der CDU-Ministerpräsident Uwe Barschel wegen unlauterer Wahlmanöver im August seinen Rücktritt nehmen musste. Nachdem ihm auch noch ein Meineid nachgewiesen worden war, beging Barschel in einem Genfer Hotel Selbstmord. Diese Affäre kostete die CDU in diesem Bundesland in den Landtagswahlen vom



«Schwarzer Montag» in New York am 19. Oktober 1987
Enorme Auswirkungen auf die Börsen in der ganzen Welt
hatte der Börsensturz in New York.
(Photo Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

8. Mai die Mehrheit, nachdem sie dort fast 40 Jahre lang ununterbrochen am Ruder gewesen war.

In *Italien* ist die Ära der sich jagenden Regierungskrisen nach den Jahren der Stabilität unter Craxi offenbar wieder angebrochen. Nach zwei kurzlebigen Kabinetten Goria ist der Mita zum Premierminister bestellt worden, der nun eine etwas mehr links von der Mitte anzusiedelnde Mehrparteienkoalition der Christdemokraten anführt. In den Parlamentswahlen vom 15. Juni siegten die Democrazia Cristiana und die Sozialisten, während die Kommunisten auffallend starke Stimmenverluste zu ver-



Zaffaraya-Hütteniedlung in Bern geräumt

Am 17. November 1987 war es (endlich) soweit: die illegale Siedlung im Gaswerkareal an der Aare in Bern wurde von der Polizei geräumt. Die von vielen Mitbürgern geforderte Räumung hatte allzulange auf sich warten lassen.
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

zeichnen hatten. Alle Spekulationen über eine Öffnung nach links (Compromesso storico) im Sinne einer Machtteilung der Christdemokraten mit den Kommunisten sind damit obsolet geworden. Die wirtschaftliche Entwicklung war erstaunlich gut. Italien hat im vergangenen Jahr im Bruttonsozialprodukt Grossbritannien überholt.

* * *

Im Blick auf die *Weltwirtschaft* sticht im Berichtsjahr der grösstes Aufsehen erregende Börsensturz vom 19. Oktober an der Wall Street und allen Weltbörsen hervor. In absoluten Zahlen ausgedrückt, übertraf dieser Kurssturz sogar noch das Ausmass des berüchtigten Börsenkrachs von 1929! Die Kurse in New York fielen im Verlauf einer einzigen Sitzung um 23 %.

Die Baisse setzte sich nachher noch während mehrerer Wochen fort, führte aber nicht – wie da und dort befürchtet – zu einem Sturz ins Bodenlose. Die Börsen vermochten sich in der Folge auf tieferem Niveau wieder aufzufan-

gen. Der Dollar fiel allerdings bis auf ein Rekordtief von Fr. 1.28.

Im Gegensatz zu 1929 signalisierte der Börsenkrach von 1987 nun also nicht den Beginn einer jahrelangen, weltweiten Wirtschaftskrise mit ökonomisch sowie auch politisch katastrophalen Folgen. Allenthalben mussten zwar die Prognosen des Wirtschaftswachstums nach unten korrigiert werden; aber ein schwerer Konjunkturteinbruch konnte überall vermieden werden. Die Zentralbanken haben prompt mit einer konzentrierten, stärkeren Ausdehnung der Geldmenge die drohenden

Liquiditätsengpässe gekontert. Dadurch ist allerdings die vorher als weitgehend gebannt geltende Inflationsgefahr wieder neu heraufbeschworen worden. Ein gewisser Teuerungseffekt muss auf jeden Fall einkomptiert werden.

Ein halbes Jahr nach dem Börsenkrach ist aber die Zuversicht allgemein wieder zurückgekehrt, dass man diesmal gewissmassen mit einem «blauen Auge» davongekommen ist. Es scheint, dass der 19. Oktober mehr eine abrupte Korrektur der vorher stark übertriebenen Hause gewesen ist, als dass lange aufgestaute, fundamentale wirtschaftliche Ungleichgewichte sich explosionsartig geltend gemacht hätten.

Die übrigen relevanten Wirtschaftsdaten zeigen, dass – abgesehen von der noch immer nicht einer dauerhaften Lösung entgegengeführten Verschuldungskrise vieler Entwicklungs- und Schwellenländer – nirgends eine besorgniserregende Verschlechterung der Wirtschaftslage auftreten dürfte. Die Arbeitslosigkeit, obzwar in einigen Ländern nach wie vor auf hohem Niveau, zeigt vielerorts eine

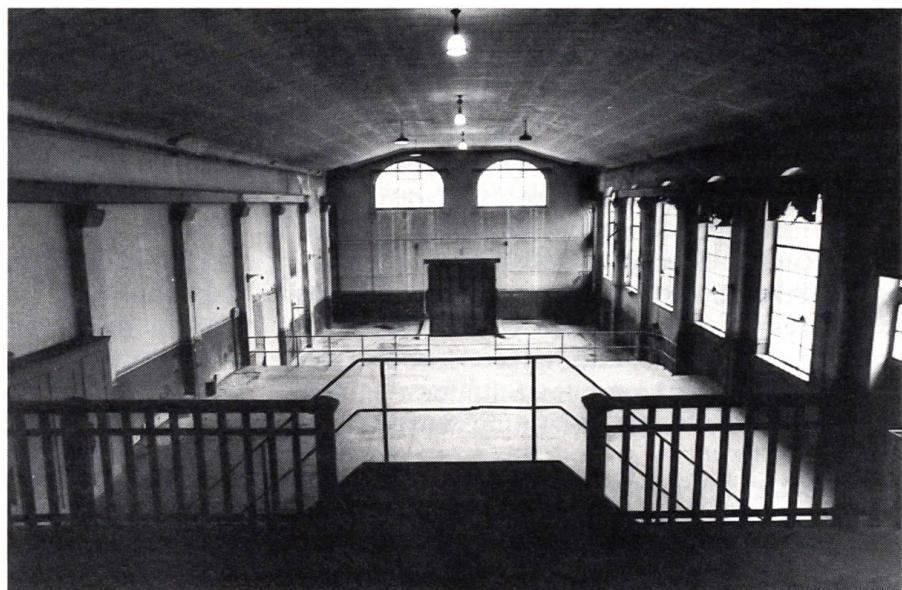
deutlich sinkende Tendenz, so vor allem in den USA, in Grossbritannien, in Kanada und in Belgien. Angestiegen ist sie aber in Italien (15,7%), und ausserordentlich hoch geblieben ist sie immer noch in Spanien mit über 20%. Die Teuerung hat sich in mässigen Grenzen gehalten, hat jedoch immerhin in Australien um 7,1%, in Schweden um 5,5%, in Italien um 4,0% und in Spanien um 4,5% zugelegt. Spitzentreiter in der Einkommensverbesserung waren Spanien (+9,1%), Grossbritannien (+8,5%) sowie Italien (+7,1%), allerdings ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen Stand. Besonders gut schneidet die Schweiz ab, wo die Arbeitslosigkeit mit nur 0,8% sogar noch leicht zurückgegangen und der Konsumentenpreisindex im Jahresvergleich nur um 1,8% gestiegen ist.

* * *

Das politische Geschehen in der *Schweiz* erhielt durch die am 18. Oktober abgehaltenen Nationalratswahlen ein besonderes Relief. Wenn es stimmt, dass für Politiker und Parteien der Wahltag ein Zahltag sei, dann ist jedenfalls aus den Urnen alles in allem keine schlechte Quittung der Stimmbürger zum Vorschein gekommen, wie da und dort vorschnell orakelt worden war. Das entscheidende Fazit dieser Parlamentswahlen ist, dass die Mehrheitsverhältnisse in beiden Kammern praktisch die gleichen geblieben sind wie in der letzten Legislaturperiode. Die Veränderungen sind vor allem personeller Natur, die allerdings zum Teil überraschten. Die Wahlen standen

also keineswegs im Zeichen eines tiefgreifenden Wandels, der angeblich durch den Erfolg einer rot-grünen Allianz hätte gekennzeichnet sein sollen. Diese politische Spekulation ging völlig daneben.

Die drei bürgerlichen Regierungsparteien schlossen gut ab, die Freisinnigen als eigentliche Gewinner, die CVP mit zwei Sitzverlusten, und die SVP, die als gefährdet galt, vermochte sogar zwei zusätzliche Sitze zu erringen. Hingegen erlitten die Sozialdemokraten beträchtliche Stimmen- und Sitzverluste, die um so schmerzlicher für diese vierte Regierungspartei sind, als sich damit die bereits in den Wahlen vor vier Jahren geholte Schlappe wiederholte und verstärkte. Diesmal scheint ein prononciertes Desinteresse an der SP in Gewerkschaftskreisen einen mitentscheidenden Beitrag zum schlechten Wahlergebnis geleistet zu haben. Ein Kuriosum dürfte sein, dass eine zum ersten Mal als Reaktion auf die Auto-Feindlichkeit vieler Grüner aufgetretene «Auto-Partei» auf Anhieb zwei Sitze zu errin-



Dampfzentrale im Marzili als Kulturzentrum

Dass die stadtbernerischen Behörden für die Anliegen von Jugendlichen und alternativen Kulturschaffenden Verständnis aufbringen, zeigt die Tatsache, dass diese Räume der ehemaligen Dampfzentrale für einen Kulturversuchsbetrieb freigegeben wurden.

(Photo Hansueli Trachsel, Bern)

gen vermochte. Von der grossen Zahl anderer, im Parlament nicht vertretener Splitterparteien, die in einigen Kantonen ihr Glück versuchten, kam keine auf genügend Listenstimmen, um den Einzug ins Parlament zu schaffen.

In der Dezemberession, zu Beginn der neuen Legislaturperiode, kam es im Rahmen der wieder fälligen, ordentlichen Bundesratswahlen zur Bestellung von zwei neuen Bundesräten. Die beiden Bundesräte Leon Schlumpf (SVP) und Pierre Aubert (SP) stellten sich nicht mehr zur Wiederwahl. Die Vakanzen wurden gefüllt durch die Wahl des bisherigen Neuenburger Staatsrats René Felber (SP), der im ersten Wahlgang mit 152 Stimmen das Rennen machte, sowie durch den offiziellen Kandidaten der SVP, den Berner Oberländer Adolf Ogi, der im zweiten Wahlgang mit 132 Stimmen gewählt wurde. Die beiden neugewählten Bundesräte übernahmen die Departemente ihrer Vorgänger. Wie üblich, wurden die bisherigen fünf Bundesräte von der Vereinigten Bundesversammlung anstandslos wiedergewählt, wobei Bundesrat Cotti mit 205 Stimmen ein Spitzenresultat erzielte, während Bundesrätin Kopp mit ihren nur 166 Stimmen deutlich abfiel, weil von der linken Seite her ihre mutige und konsequente Haltung in der Kontroverse um die Asylpolitik sichtbar «bestraft» werden sollte. Zum neuen Nationalratspräsidenten wurde turnusgemäß der bisherige Vizepräsident, Rudolf Reichling (SVP, Zürich), zum neuen Ständeratspräsidenten Franco Masoni (FDP, Tessin) erkoren, während zu neuen Vizepräsidenten im Nationalrat Joseph Iten (CVP, Nidwalden) und im Ständerat Hubert Reymond (lib., Waadt) bestimmt wurden.

Am 6. Dezember war der Souverän aufgerufen, in einer Volksabstimmung zu drei Vorlagen Stellung zu nehmen. Ziemlich überraschend wurde die Initiative zum Schutz der Moorlandschaften angenommen, deren unmittelbarer Anlass die Gegnerschaft gegen den Einbezug des Hochmoors von Rothenthurm in einen vom EMD geplanten neuen Waffenplatz gewesen war. Es handelte sich eindeutig um

ein Bekenntnis zum Umweltschutz, nur bei einer kleinen Minderheit um eine gezielt antimilitaristische Manifestation. Der Waffenplatz wird, in seinen Ausmassen redimensioniert, dennoch legitim eingerichtet werden können. Bei der zweiten Vorlage ging es um das Konzept «Bahn 2000», das einem den modernen Bedürfnissen gerechten Ausbau der Bahnen gilt. Das Konzept nimmt Neuinvestitionen in der Gröszenordnung von mehreren Milliarden in Aussicht. Gegen den entsprechenden Parlamentsentscheid war das Referendum ergriffen worden, nachdem dem vorgesehenen neuen Streckenbau vor allem in den Kantonen Bern und Solothurn Opposition erwachsen war. Die deutliche Zustimmung des Souveräns stellt eine Willenskundgebung dar, dass der in der Vergangenheit gegenüber dem Strassenbau vernachlässigte Schienenverkehr im Hinblick auf die mutmasslich noch stark steigende Verkehrs nachfrage in der absehbaren Zukunft zielbewusst gefördert werden soll. Bei der dritten Vorlage ging es um die Revision der Krankenversicherung mit einer neuartigen Mutter-schaftsversicherung, die mit einem Referendum angefochten worden war. Die Vorlage wurde deutlich abgelehnt. Daraus wird der unmissverständliche Fingerzeig abgeleitet, dass ein weiterer Ausbau von Sozialwerken mit Inanspruchnahme von Lohnprozenten kaum mehr in Frage kommen kann.

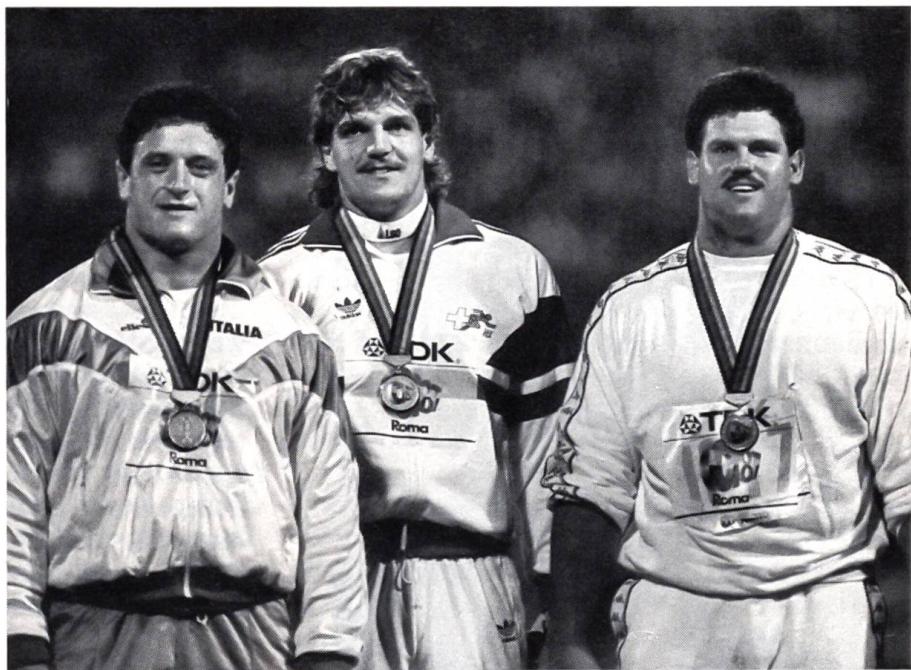
Nach einem Schlagwort von Bundesrat Schlumpf war das Jahr 1987 als das «Verkehrs jahr» zu betrachten, während 1988 von ihm als das «Energiejahr» bezeichnet worden ist – dies im Hinblick auf die Massierung dieser beiden Themen in der eidgenössischen Politik. In der Tat bildete ein umstrittener Bericht der vom Bundesrat unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl eingesetzten «Arbeitsgruppe Energieszenarien» (Eges) anfangs Februar den Auftakt zum «Energiejahr». Unter Zugrundelegung von drei verschiedenen Szenarien (weiterer Ausbau der nuklearen Stromerzeugung, Moratorium, Ausstieg aus der Kernenergie) stellte dieses Gremium die Konsequenzen dar. Danach wäre ein Ausstieg unter bestimmten, harten Auflagen ohne Ein-

busse des Lebensstandards möglich und wirtschaftlich zu verkraften. Allerdings müsste bis zum Jahre 2025 mit Mehrinvestitionen von 86 Milliarden gerechnet werden. Für die Gewinnung von Sonnenenergie müssten 28 Quadratkilometer Fläche im Mittelland und in den Alpen beansprucht werden.

Diesem Bericht folgte anfangs März die Ankündigung von zwei durch 26 bürgerliche Parlamentarier unterzeichnete Motionen in den beiden Kammern auf dem Fuss, welche den Bundesrat zum Verzicht auf das jahrelang politisch verschleppte Kernkraftwerk Kaiserstugt unter Zahlung eines Entschädigungsbeitrags an die bis jetzt aufgelaufenen horrenden Kosten von 1,2 Milliarden auffordern, gleichzeitig aber die Option Kernenergie für die Zukunft offenhalten möchten. Die dadurch bedingte Abhängigkeit von Stromimporten aus Frankreich müsste in Kauf genommen werden. Der Bundesrat hat im Mai zunächst einmal entschieden, dass auf die Kernenergie nicht verzichtet werden soll. Alle anderen Fragen sind noch pendent.

* * *

Die finanzielle Lage des Bundes war im vergangenen Jahr einmal mehr glänzend. Die Finanzrechnung schloss mit einem Überschuss von knapp über einer Milliarde ab, während im Budget mit 885 Millionen gerechnet worden war. In den Worten des Bundesrats ist dies «weitgehend das Resultat der nach wie vor guten Wirtschaftslage, insbesondere der günstigen konjunkturellen Entwicklung und



Kugelstoss-Weltmeister Werner Günthör

Mit einer Weite von 22,23 Meter wurde der für den Stadturnverein Bern startende Thurgauer Werner Günthör (Mitte) in Rom Weltmeister im Kugelstossen.
(Photo Keystone-Press, Zürich)

tiefen Teuerung sowie der Sparbemühungen des Bundesrats». Die Gefahr einer Reihe guter Abschlüsse ist, dass der Wille zu rigorosem Sparen untergraben wird, was sich bereits in grosszügigen Reallohnnerhöhungen für die Bundesbeamten, die Gewährung einer ausserordentlichen Herbstzulage, in der annähernd Verdoppelung der Entschädigung der Parlamentarier und in anderen Anzeichen einer sehr viel lockereren Hand abzuzeichnen beginnt. Dabei ist es unzweifelhaft geblieben, dass die roten Zahlen in der Bundesrechnung gleich um die Ecke lauern, wenn sie nicht mit rigorosen finanzpolitischen Massnahmen rechtzeitig gekontert werden!

In der Berichtsperiode kam es zu nennenswerten strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft. Einerseits ist eine markante Zunahme von Konkursen zu verzeichnen, anderseits eine noch nie dagewesene Welle von Fusionen, Firmenübernahmen und Aktionärs- und Besitzerwechseln. Grosses Aufsehen er-



*Professor Dr. Ulrich Zimmerli neuer Berner
Ständerat*

Bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober 1987 wurde neben dem Freisinnigen Arthur Hänsenberger (bisher) Professor Ulrich Zimmerli (SVP) als Nachfolger von Peter Gerber zum neuen bernischen Ständerat erkoren.

regte der Zusammenschluss von Brown Boveri in Baden mit dem schwedischen Konzern Asea, der innerhalb von zwei Jahren zu einem Abbau von 2500 Arbeitsstellen in der Schweiz führen wird. Aber auch Sulzer Winterthur, Saurer, die Fusion von Porzellan Langenthal mit Keramik Laufen, ein gescheiterter Übernahmeversuch der amerikanischen Sterling Drug Inc. durch Hoffmann-La Roche sowie die sich akzentuierenden Expansionsbestrebungen von Nestlé, die sich Buitoni in Italien einverleibte und in Rivalität zu Jacobs Suchard in Grossbritannien die Herrschaft über Rowntree erwerben möchte, werfen die Frage des Sinnes und der Grenzen wirtschaftlicher Konzentration in aller Schärfe auf. Gleichzeitig versuchen sich namhafte Schweizer Firmen,

die ihrerseits durch überraschende Übernahmecoups gefährdet werden könnten, mit stark einschränkenden Bestimmungen in ihren Statuten (Vinkulierung der Namenaktien) gegen solche unwillkommene Eventualitäten abzusichern, während die Aktienrechtsreform immer noch auf sich warten lässt.

* * *

Zuletzt sind noch zwei alarmierende umweltbezogene Fakten zu erwähnen: Am 24./25. August haben schwere Unwetter in der Innerschweiz und in der Folge im übrigen Alpengebiet Schäden in einem Ausmass bewirkt, wie sie seit einem Jahrhundert nie zu verzeichnen gewesen sind. Die Gotthardbahn und der Strassenverkehr auf der Nord-Süd-Achse sind wegen weggerissener Streckenstücke wochenlang unterbrochen worden; Poschiavo und das Dorf Münster im Goms (VS) wurden arg heimgesucht. Die Schäden bezifferten sich auf 1,2 Milliarden Franken, woran der Bund 169 Millionen Soforthilfe leistete und im nachhinein auch noch den aus anderen Quellen nicht zu deckenden Restbetrag übernahm. Am 26. November schliesslich ist aus dem neuesten Sanasilva-Bericht die Hiobsbotschaft hervorgegangen, dass die geschädigten Waldbäume in der Schweiz innert Jahresfrist von 50% auf nunmehr 56% zugenommen haben!

* * *

Im Kanton Bern wurde der Souverän zu dreien Malen in kantonalen Belangen an die Urne gerufen. In der Volksabstimmung vom 14. Juni sprachen sich die Stimmbürger bei einer miserablen Stimmbeteiligung von nur 13% im befürwortenden Sinn zugunsten einer Initiative aus, gemäss welcher die Wählbarkeit der Regierungsräte für Mandate in den eidgenössischen Räten inskünftig ausgeschlossen sein soll. Gleichzeitig wurde eine zweite Initiative, welche die Einführung der Standesinitiative auf Volksebene im Kanton Bern bezeichnet, verworfen; bei dieser letzteren Initiative ging es in Wirklichkeit in erster Linie um die Möglichkeit, den weiteren Ausbau der Autobahn N 1 durch das Grauholz zu verhindern,

wozu das Instrument einer Standesinitiative hätte dienlich sein können. Am 6. Dezember stimmte der Souverän einer Totalrevision der Kantonsverfassung zu, lehnte aber die Einsetzung eines Verfassungsrats ab. Diese Revision ist damit dem Grossen Rat überantwortet, der inzwischen eine spezielle Kommission für die Vorbereitung dieses Vorhabens eingesetzt hat. Eine Volksabstimmung zu drei verschiedenen Materien fand schliesslich am 5. April statt: Eine Initiative gegen den Abbau von Schulklassen wurde deutlich verworfen, während der Gegenvorschlag ebenso deutlich angenommen wurde. Knapp abgelehnt wurde eine Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte betreffend die Unterstützung der politischen Parteien; hingegen sprach sich eine Mehrheit zum Volksbeschluss betreffend die Verlegung der Französischen Schule in Bern im zustimmenden Sinne aus.

Was die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober anbelangt, tanzte der Kanton Bern nicht aus der Reihe der übrigen Schweiz. Die Sozialdemokraten verloren 2 Sitze. Die neu gegründete Partei des ehemaligen NA-Nationalrats Valentin Oehen brachte es nicht auf genügend Listenstimmen, um dessen Sitz zu erhalten; und auch die POCH ist nunmehr durch keinen Berner Sitz mehr unter der Bundeshauskuppel vertreten. Demgegenüber errangen die CVP und die «Auto-Partei» einen Berner Nationalrattssitz; und die Freie Liste war einmal mehr erfolgreich, indem sie ihrem bereits vorhandenen Sitz deren zwei hinzuzufügen vermochte. Die gleichzeitig abgehaltenen Ständeratswahlen brachten weder Spannung noch

Überraschung; der bisherige Freisinnige Arthur Hänsenberger wurde bestätigt, und an Stelle des Demissionärs Gerber (SVP) wurde dessen Parteikollege Ulrich Zimmerli (Gümligen), Professor und bislang Präsident des bernischen Verwaltungsgerichts, in die Ständekammer delegiert.

Für den Kanton Bern von besonderer Bedeutung war die am 9. Dezember erfolgte Wahl des Präsidenten der SVP und Berner Nationalrats Adolf Ogi in den Bundesrat. Nachdem der Kanton Bern seit dem Rücktritt von Bundesrat Gnägi in der Landesregierung während mehrerer Jahre nicht mehr vertreten gewesen war, ging es gewissmassen um einen «point d'honneur», dass dieser grosse und volksreiche Kanton nicht ein zweites Mal passen musste. Die Wahl Ogis wurde im ganzen Kanton mit Freude und Begeisterung quittiert und an drei denkwürdigen Festen in Bern, in dessen Wohngemeinde Fraubrunnen und Heimatgemeinde Kandersteg gebührend gefeiert.

* * *



Adolf Ogi – der neue Berner Bundesrat
Unser Bild zeigt Bundesrat Ogi an seiner ersten Bundesratssitzung – hinten
Bundesrätin Kopp und Bundesrat Cotti.
(Photo Hansueli Trachsel, Bern)



Neuer Kommandant der Berner Division

Als Nachfolger von Divisionär Heinz Häslar, der zum Kommandanten des 1. Armeekorps befördert wurde, ernannte der Bundesrat Divisionär Rolf Sigerist zum neuen Kommandanten der Felddivision 3. Damit kommandiert erstmals seit 30 Jahren ein Nichtberner die 3. Division.

Die Regierungskrise im Kanton Bern gehört inzwischen weitgehend der Vergangenheit an. In einer Sondersitzung vom 22.–26. Juni zog der Grosse Rat einen Schlussstrich unter die peinliche Finanzaffäre mit der abschliessenden Behandlung des Berichts der besonderen Untersuchungskommission (BUK). Aus einem offiziellen Dokument sei dazu folgender Passus zitiert: «In Anerkennung der positiven Auswirkungen der BUK-Untersuchungen sind ... eine deutliche Komplizierung der Arbeitsabläufe und eine starke Verunsicherung in der Verwaltung nicht zu übersehen. Es wird Aufgabe von Parlament und Regierung sein, hier die geeigneten Massnahmen zu treffen.» Die gegen zwölf Berner Regierungsräte eingeleitete strafrechtliche Untersuchung ist am 21. September dann eingestellt worden, aber die Prozesse gegen die ehemaligen Regierungsräte Bauder und Martignoni ziehen sich noch da-

hin. Eine indirekte Folge des Malaise, das in diesem Zusammenhang entstanden war, ist allerdings, dass eine Initiative auf Reduktion der Zahl der bernischen Regierungsräte von neun auf sieben ebenso zustande gekommen ist wie eine weitere Initiative, die eine obere Grenze der Gehälter des Staatspersonals festlegen will. Die letztere Initiative hat der Grosse Rat in der Februar-Session abgelehnt; sie wird noch im laufenden Kalenderjahr vor das Volk kommen.

Erwähnenswert ist, dass der Grosse Rat überraschend zu einem vorgeschlagenen Steuerrabatt seine Zustimmung gab, dessen Beginn aber von 1989 auf 1991 verschob, gleichzeitig aber eine Steuersenkung um einen Anlagezehntel per sofort verordnete. Es geht in dieser Sache darum, die gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt um rund 20% überhöhten Steuern im Kanton Bern auf dieses Niveau abzusenken.

Am 10. Mai 1988 war im Grossen Rat Wahltag, unter anderem für die Bestellung des neuen Ratspräsidenten und den Regierungspräsidenten. Zum ersten Mal sitzt nun ein Laufentaler auf dem Präsidentenstuhl im Berner Rathaus, indem Rudolf Schmidlin (FDP), obschon nicht unbestritten, dank Unterstützung aus den Reihen der SVP, der SP und der NA mit immerhin 138 Stimmen gewählt worden ist. Seine Wahl hatte ein unliebsames Nachspiel, weil der Festzug, mit welchem der neue Ratspräsident zur Wahlfeier nach Laufen geführt wurde, von politischen Gegnern durch Sabotage in einem Tunnel zum Stillstand gebracht wurde. Zu Vizepräsidenten wurden Otto Krebs (SP, Twann) und Thomas Rychen (SVP, Affoltern) erkoren. Als neuer Regierungspräsident wurde Landwirtschaftsdirektor Peter Siegenthaler mit 166 Stimmen bestimmt, während Finanzdirektor Ueli Augsburger, mit 112 Stimmen gewählt, ihm im Amtsjahr 1988/89 als Vizepräsident zur Seite steht.

* * *

Das Wirtschaftsstrafgericht hat am 12. Juni den ehemaligen Direktor des Tiefenau-Spitals,

Mamie, wegen Betrugs und Veruntreuung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte einen Fonds für arme Spitalpatienten für private Bedürfnisse in Anspruch genommen und sich in seiner Stellung schwere Unregelmässigkeiten erlaubt. Der Strafprozess findet allerdings noch eine Fortsetzung vor der nächsthöheren Instanz.

Ein anderes Aufsehen erregendes Ereignis war der Kampf um das Hüttdorf «Zaffarraya», das am Aareufer in Bern von einer Anzahl von «Aussteigern» in ungesetzlicher Weise errichtet und bewohnt, aber von den Behörden im Hinblick auf die Möglichkeit einer gütlichen Lösung allzu lange toleriert worden war. Nach mehrmaliger, fruchtloser Aufforderung, die an Slums erinnernden Baracken zu beseitigen, erfolgte schliesslich am 17. November die polizeiliche Räumung. Einige Tage später kam es zu Demonstrationen einer viertausendköpfigen Menge von Jugendlichen und Sympathisanten, zu gewalttätigen Zusammenstossen mit der Polizei und zu wilden Hausbesetzungen. Die Eruptionen anarchischer Stimmung sind inzwischen wieder abgeebbt.

Zum Schluss registriert die Jahreschronik noch zwei heftige Gewitter und Unwetter von besonders gravierendem Ausmass am 1.Juli und am 24./25. August sowie die Fertigstellung des Autobahnstücks der N8 auf der linken Seite des Brienzsees im Mai 1988, das nun dem Verkehr zur Verfügung steht.

Hans Rudolf Böckli

Bunte Palette
«Ingrid bekommt vor Sorgen graue Haare!»
– «Worüber sorgt sie sich denn so?» – «Sie weiss nicht, ob sie ihr Haar rot oder schwarz färben lassen soll.»

Blaue Augen
«Ich finde, dass rechthaberische Menschen meist blaue Augen haben!» – «Stimmt, besonders nachher!»

HANS BAHRS

Geliebter Demonstrant

Sein Vater wird ein Bauer gewesen sein, der sich plagen musste für seinen Herrn und alle Stände, denn des Bauern Brot verlangten alle und hielten ihn dennoch für einen schwerfälligen Tölpel, dem man ohne Gewissensbisse Taschen und Säcke leeren konnte, dass ihm selbst kaum etwas blieb.

Seine Mutter aber wird um die Wirkung ihres Erscheinungsbildes gewusst haben, denn

